



Detailansicht des Registereintrags

Innovationsverbund Öffentliche Gesundheit e.V.

Aktuell seit 30.08.2026 22:51:14

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R004719
Ersteintrag:	02.06.2022
Letzte Änderung:	30.08.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Friedrichstr. 114a 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +491759601598 E-Mail-Adressen: info@inoeg.de Webseiten: https://www.inoeg.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Bianca Kastl**

Funktion: 1. Vorsitzende

2. Dr. Tobias Opialla

Funktion: 2. Vorsitzender

Tätigkeit:

Wissenschaftlicher Mitarbeiter (IT Koordination)

im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) oder dessen Geschäftsbereich

3. Dipl. Phys. Gregor Bransky

Funktion: Vorstand Policy & Presse

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):**1. Bianca Kastl****2. Dr. Tobias Opialla**

Tätigkeit:

Wissenschaftlicher Mitarbeiter (IT Koordination)

im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) oder dessen Geschäftsbereich

3. Dipl. Phys. Gregor Bransky**Gesamtzahl der Mitglieder:**

11 Mitglieder am 31.12.2024, ausschließlich natürliche Personen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (17):

Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Cybersicherheit; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Staatsorganisation; Verwaltungstransparenz/Open Government; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"; Wissenschaft, Forschung und Technologie; Civic Tech; eGovernment; Open Data; Open Source Software

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Innovationsverbund Öffentliche Gesundheit (InÖG) e.V. entwickelt als gemeinnütziger Verein langfristig innovative Civic Tech und eGovernment Lösungen im Bereich der Öffentlichen Gesundheit.

Das Ziel ist auf den Aufbau einer leistungsfähigen, öffentlichen, digitalen Infrastruktur im Bereich der öffentlichen Gesundheit hinzuwirken. Hierbei dienen die Grundprinzipien der Open Source Software Entwicklung und Open Data Ansätze als Leitlinien in einem "Health in all policies"-Ansatz.

Der InÖG arbeitet an der Schnittstelle zwischen Akademie, Politik, Verwaltung und Open Source Community.

Das interdisziplinären Team besteht aus Software Entwickler:innen, Forscher:innen, Unternehmer:innen, Hacker:innen, Berater:innen, Software Architekt:innen und Mitarbeiter:innen des öffentlichen Dienstes.

Wir stellen unsere Expertise in den Bereichen digitaler dezentraler Gesundheits-IT allen demokratischen Parteien, der Öffentlichen Verwaltung und dem Gesundheitswesen zur Verfügung.

Die Mitglieder des InÖG leisten regelmäßig Beiträge zur Debatte sowohl in Ausschüssen des Bundestages, in Anhörungen von Länderparlamenten, sowie auf renommierten Konferenzen, z.B. Chaos Communication Congress, re:publica, Heise devSec etc.

Unser Engagement und Einsatz führte in der Vergangenheit u.a. zum Aufbau einer auf Open Source Software basierenden, digitalen Basisinfrastruktur für die Kontaktnachverfolgung in mehreren Bundesländern (NRW, Hessen, Sachsen, Thüringen).

Der InÖG agiert überparteilich sowie unabhängig von Unternehmen und Verbänden.

Konkrete Regelungsvorhaben (6)

1. Wahrung von informationeller Selbstbestimmung und Datensicherheit im Kontext des Gesundheitsdatennutzungsgesetz

Beschreibung:

Das Gesundheitsdatennutzungsgesetz und das Digitalgesetz sind die wesentlichen Regelungsvorhaben zur Digitalisierung des Gesundheitswesens in der 20. Wahlperiode. Sie bilden die Grundlagen für die sogenannte elektronische Patientenakte für alle und die Nutzung von Gesundheitsdaten zur Forschung.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9046 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur verbesserten Nutzung von Gesundheitsdaten -
(Gesundheitsdatennutzungsgesetz - GDNG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9048 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens - (Digital-Gesetz – DigiG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]; Staatsorganisation [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

2. Stärkung von offenen Standards, Open Source und Cybersicherheit im Kontext des Onlinezugangsgesetz (OZG 2.0)**Beschreibung:**

Mit dem OZG-Änderungsgesetz werden Grundlagen für die Weiterführung des Onlinezugangsgesetzes zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen geschaffen. Wesentliche Neuerungen sind verbindliche Komponenten wie der BundID sowie die Stärkung verbindlicher Standards und von Open Source.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8093 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Onlinezugangsgesetzes sowie weiterer Vorschriften zur Digitalisierung der Verwaltung (OZG-Änderungsgesetz - OZGÄndG)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

OZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]; Staatsorganisation [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]; Civic Tech; eGovernment; Open Data; Open Source Software

3. Harmonisierter europäischer public benefit Status für Stewardship von Digital Commons im Rahmen des Innovationsfreiheitsgesetz**Beschreibung:**

Das Innovationsfreiheitsgesetz ist im Koalitionsvertrag vorgesehen. Der Ansatz, Gemeinnützigkeitsschranken entlang aller Transferpfade zu untersuchen, gibt Anlass zu

Diskussion über die Gemeinnützigkeit der Pflege bzw des sog. Stewardship der von Digital Commons. Zu den Digital Commons gehören u.a Open Source Software, offene KI-Systeme, Open Educational Ressourcen und freie digitale Services, die als Infrastruktur einer digitalen Gesellschaft gehören.

Betroffenes geltendes Recht:

AO 1977 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]; Staatsorganisation [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]; Civic Tech; eGovernment; Open Data; Open Source Software

4. Rechtssichere Umsetzung der eIDAS 2.0 Verordnung im Rahmen des Digitale Identitätengesetz (DIdG)

Beschreibung:

Der Entwurf eines Digitale Identitätengesetzes schafft die notwendigen nationalen Rechtsgrundlagen für die EUDI-Wallet. Diese nationale Rechtsetzung ist für den Wallet-Start zwingend. Die EUDI-Wallet erlaubt in erstmaliger Kombination sicher das elektronische Identifizieren, Signieren/Siegeln und die Verwendung von Nachweisen.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes über die Europäische Briefftasche für die Digitale Identität und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften (Digitale Identitätengesetz - DIdG) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 26.03.2026

Federführendes Ministerium: BMDS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

PAuswG [alle RV hierzu]; PAuswGebV [alle RV hierzu]; PAuswV [alle RV hierzu]; PPDAV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]; Staatsorganisation [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Civic Tech; eGovernment; Open Data; Open Source Software

5. Rechtssichere Umsetzung der Registermodernisierung im Rahmen des Registermodernisierungsgesetzes

Beschreibung:

Das RegModG soll nach Stand der Technik umgesetzt werden, das dann hinfällige IDNrG entsprechend zurückgenommen werden.

Betroffenes geltendes Recht:

IDNrG [alle RV hierzu]; RegMoG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Staatsorganisation [alle RV hierzu]; Civic Tech; eGovernment; Open Data; Open Source Software

6. Wahrung von informationeller Selbstbestimmung und Datensicherheit im Kontext des Gesetz für Daten und digitale Innovation im Gesundheitswesen

Beschreibung:

Das Gesetz für Daten und digitale Innovation im Gesundheitswesen ist das wesentlichen Regelungsvorhaben zur Digitalisierung des Gesundheitswesens in der 21. Wahlperiode. Es bildet die Grundlagen für die Nutzung der Daten aus der sogenannte elektronische Patientenakte für alle für die Versorgung und Forschung.

Betroffenes geltendes Recht:

GDNG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik" [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]; Civic Tech; eGovernment; Open Data; Open Source Software

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

InOeG-_-Jahresbericht_2024.pdf